

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Litzsch

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk u. Welt“ in der 5. Woche vom 26. Jan. bis 1. Febr. 60 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Mellemzeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefrücklieferung 10 Pf.

Nr. 22

Dresden, Sonnabend den 26. Januar 1924

35. Jahrg.

## Keine Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes

Aber Anklammern an den Ausnahmezustand!

Die Regierungsparteien des Reiches hatten in diesen Tagen mit dem Reichskanzler in Anwesenheit des Reichsinnenministers Jarres eine eingehende Unterhaltung über die politische Lage und die Einberufung des Reichstages. Der Reichskanzler vertrat die Auffassung, daß die Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes, das bekanntlich bis zum 15. Februar befristet ist, nicht mehr notwendig sei, da die Regierung die damals zur Begründung des Gesetzes angeführten Arbeiten glaubt erledigt zu haben. Dr. Marx ist infolgedessen auch damit einverstanden, daß Anfang Februar bereits die Ausschüsse des Reichstages wieder zu tagen beginnen. Das Plenum soll jedoch noch dem allgemeinen Wunsch der Regierungsparteien vor Abschluß der Berliner Beratungen der von der Reparationskommission einereichten beiden Sachverständigenausschüsse nicht aussetzen.

Darüber haben aber die bürgerlichen Parteien nicht allein zu bestimmen, sondern auch die Sozialdemokratie hat noch ein Wort mitzureden. An sich könnte es verständlich sein, das Plenum des Reichstages während der Anwesenheit der Sachverständigen in Berlin nicht tagen zu lassen. Aber noch viel mehr gilt das in bezug auf den Ausnahmezustand, dessen Aufrechterhaltung ein Skandal ist. Das Anklammern der Reichsparteien an ihn zeigt den ausländischen Delegierten, wie fräulich es in Deutschland um die Rechtsverhältnisse bestellt ist. Vorläufig ist neben Dr. Schöler der augenblickliche Reichsminister des Innern der eifrigste Gegner der Wiederherstellung geordneter Rechtsverhältnisse. Ihm macht der Wahlausgang in Thüringen für die bürgerlichen Parteien solchen Kummer, daß er unter keinen Umständen vor dem 10. Februar, also dem Wahltermin, seine Zustimmung zur Aufhebung des bestehenden Ausnahmezustandes geben will. Unter diesen Umständen muß sich die Sozialdemokratische Partei selbstverständlich die notwendigen Schritte vorbehalten.

Neben der Herausbrechung der Post und der Eisenbahn aus der Verwaltung des Reiches betrifft die Marx-Regierung auch eine „Fabrikreform“. Dabei ist Herr Jarres vorläufig noch mit der Absicht gesättigt, den Einmann-Waagf. ein, wie er vor der Revolution bestand, wieder einzuführen. Die bürgerlichen Parteien haben ihm einmütig eine Absage erteilt, so daß er sich entschließen mußte, den bereits ausgearbeiteten Entwurf zurückzuziehen. Aber er wird seine reaktionären Versuche noch nicht endgültig aufgegeben haben.

## Neue Betriebsformen für Post u. Eisenbahn

Aus angebl. wirtschaftlichen und politischen Gründen sollen Eisenbahn und Post neue Betriebsformen erhalten. Den Verhandlungen, die zur Zeit der Reichspostminister und der Reichspostminister mit den Regierungen der Einzelstaaten führen, liegt ein Projekt der Reichsregierung zugrunde, das für beide, Eisenbahn und Post, den gemischtwirtschaftlichen Betrieb vorseht. Zu diesem Zwecke wird die Eisenbahn aus der festen Verbindung mit dem Reichshaushalt herausgenommen, um ihren Betrieb vollständig nach kaufmännischen Grundsätzen führen zu können. Diese Forderung geschieht durch ein Direktorium, das sich zusammensetzt aus einem viergliedrigen Verwaltungsrat und einem zehngliedrigen Aufsichtsrat. Im Verwaltungsrat sollen die vier großen Länder (Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg) vertreten sein. Die Frage, wie und ob in diesem Verwaltungsrat auch die kleinen Staaten mit ehemals eigenen Eisenbahnen vertreten sein sollen, ist noch nicht geklärt. Durch sich und Stimme im Aufsichtsrat soll auch die Privatwirtschaft zur Geltung kommen. Dieses Direktorium ist eine einseitige Gesellschaft mit den Rechten einer juristischen Person. Seine Ernennung soll ausschließlich Sache der Reichsregierung sein. Der Reichstag wird seines Rechtes der Zustimmung entkleidet und hat nur mehr beratendes Recht.

Die bayerische Regierung soll bereits durch ihren Landesminister im allgemeinen ihre Zustimmung zu dem Plan der Reichsregierung ausgesprochen haben. Eine endgültige Zustimmung der andern in Frage kommenden Staaten liegt bisher nicht vor.

Schon seit längerer Zeit bemühen sich die Stinnesleute, durchzusetzen, daß die Eisenbahn dem Privatkapital ausgeliefert wird. Vorläufig ist wohl noch nicht zu befürchten, daß die Wünsche der Stinnes und Kompagnie völlig in Erfüllung gehen, aber die obige Mitteilung läßt befürchten, daß das Reich die Absicht hat, ihnen doch sehr weit entgegenzukommen. Man wird noch nähere Nachrichten darüber abwarten müssen, in welcher Weise die Neuordnung von Post und Eisenbahn stattfinden soll. Wenn es sich nur darum handelte, die öffentlichen Betriebe so umzuorganisieren, daß dort weniger bürokratisch und mehr kaufmännisch gearbeitet wird, so läßt sich durchaus darüber reden. Wenn sozialistischen Standpunkt aus müssen wir wünschen, daß alles getan wird, um die öffentlichen Betriebe so weitgehend und so leistungsfähig als möglich zu machen und sie von allen bürokratischen Pfaffen zu befreien. Nur kommt es darauf an, daß die Verfügung über Post und Eisenbahn unbedingt in den Händen des Reiches bleibt und dem Privatkapital kein möglicher Einfluß auf die Leitung der Betriebe ge-

geben wird. In der hier vorliegenden Mitteilung ist die Rede davon, daß die Privatwirtschaft im Aufsichtsrat zur Geltung kommen soll. Geschickt das nur, um die kaufmännischen und technischen Erfahrungen der Vertreter der Privatwirtschaft auszunutzen, und haben die Vertreter des Reiches im Aufsichtsrat die unbedingte Mehrheit, so würde sich auch darüber reden lassen, doch darf unter Privatwirtschaft nicht nur das Arbeitgeberium verstanden werden, sondern es müssen Angehörige der Arbeiterchaft mindestens in demselben Maße herangezogen werden wie Vertreter des Kapitals.

## Macdonald und die Marx-Regierung

London, 25. Januar. (Eig. Draht.) Das Interesse der politischen Kreise wendet sich in zunehmendem Maße den außenpolitischen Absichten der Regierung Macdonald zu. Die Anerkennung Sowjetrußlands ist einfach: England wird lediglich das Ansehen für das Parlamentarismus O'Grady für den Vorkaufposten in Moskau nachsuchen und damit wird der entscheidende Schritt für die Anerkennung bereits vollzogen sein. In der Zustimmung der Sozialdemokratie zu der Person O'Grady wird nicht gezweifelt. Auch die Ernennung eines russischen Vorkaufposten in London dürfte reibungslos vor sich gehen, weil der Vorkaufposten wohl Krassin sein dürfte, der schon bei den vorangegangenen bürgerlichen Regierungen Englands persona grata war.

Nicht so glatt scheint sich hingegen die Frage der Reuebergebung des Vorkaufposten in Berlin zu vollziehen. In diesem Punkte wird behauptet, daß von französischer Seite erhebliche Einwendungen gegen die Ernennung von Waffingham erhoben werden und daß infolgedessen diese Kandidatur wieder in den Hintergrund getreten sei. Eine amtliche Stellungnahme ist bisher nicht erfolgt. Die Position der Arbeiterregierung gegenüber Frankreich wird dadurch erschwert, daß die öffentliche Meinung Englands zum großen Teil der gegenwärtigen Reichsregierung besonders feindlich gegenüber steht. Es wird hier a. B. unabweislich ausgesprochen, daß Macdonald von tiefer Sympathie für das deutsche Volk erfüllt sei, er aber sehr wenig Sympathie für eine Regierung empfinde, die sich von Stinnes und sonstigen Schwarzindustrialisten beherrschen lasse. Diese Stimmung kommt bei den verschiedensten Anlässen auch in den Wäutern zum Ausdruck, die Deutschland sonst am wohlwollendsten gegenüberstehen und die nahe Beziehungen zur neuen englischen Regierung unterhalten.

Es wird berichtet, daß Macdonalds Absichten zur Regelung der europäischen Fragen dahin gehen, erstens die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund von Poincaré zu erwirken und zweitens auf Grund dieser Zulassung zu erwirken, daß die Frage der Sicherheit Frankreichs dem Völkerbund übertragen werde. Dabei könnten besondere Garantien von britischer Seite als Ergänzung des Völkerbundes in Frage kommen. In diesem Zusammenhang wird als besonders wichtig angesehen, daß auch Lord Grey am Donnerstag die gleiche Anregung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gemacht habe und Großbritannien Frankreich gewisse Garantien für seine Sicherheit anbiete. Es wird berichtet, daß Grey diese Stellen seiner Rede mit Lord Balfour, dem neuen Kabinettsmitglied und künftigen Vertreter Englands im Völkerbund, vorher vereinbart habe.

## Das Bündnis Prag-Paris

Paris, 25. Januar. (Eig. Draht.) Der Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei wurde am Freitag morgen im Auswärtigen Amt von Poincaré und dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benšák, der seit Donnerstag in Paris weil, feierlich unterzeichnet. Der Wortlaut des Vertrages soll erst am Sonntag veröffentlicht und im Sekretariat des Völkerbundes deponiert werden. Die französische Presse versichert, daß es sich um einen rein freundschaftlichen Vertrag ohne jede aggressive Spitze gegen irgendeine der europäischen Nationen handle. In Wirklichkeit aber ist dieses Bündnis ein neues Glied in der Kette der auf die völlige Eingliederung Deutschlands gerichteten Politik Frankreichs. Die Tschechoslowakei tritt damit in der großen antideutschen Koalition an diejenige Stelle, die bisher Polen innegehabt hat, und von dem man in Frankreich abgesehen ist, weil es die auf Polen gelegten Hoffnungen nicht zu erfüllen vermocht hat, und weil es sich auf dem Wege zu der größeren Koalition, deren Schwerpunkt im Osten Ostlands liegen soll, als ein Hindernis erwiesen hat.

## Poincaré im Kreuzfeuer

Paris, 25. Januar. (Eig. Draht.) Die Kammer begann am Freitag mit der Diskussion über die Finanzvorlagen der Regierung. Obwohl Poincaré am Donnerstag einer Delegation des Nationalen Volks sehr weitgehende Zusicherungen gemacht und ihr u. a. auch die verlangte Unterstützung im Wahlkampf bereits zugesichert haben soll, ist das Schicksal des Reformwerkes noch immer höchst zweifelhaft. Die Fraktion der Demokratischen Linken, die trotz dem irreführenden Namen nichts anderes ist als eine Klügelgruppe des Nationalen Volks, mocht Herrn Poincaré scharfe Opposition und verlangte Verschiebung bis nach den Wahlen. In der Aussprache wurde der Finanzminister gegen Poincarés Politik ins Feld geführt. Man habe in Frankreich erklärt, Deutschland werde bezogen, jetzt sehe man, daß Frankreich selbst die Lasten (durch Entwertung) tragen müsse. Es kam zu heftigen Anklagen und Zusammenstößen mit Poincaré, der eine Extrajession der Kammer am Sonnabend vormittag forderte, in der er seine Finanzpolitik verteidigen will. Mit 458 gegen 110 Stimmen wurde so beschlossen. — Die Lage birgt recht kritische Möglichkeiten in sich.

## Pan-Europa als Programm

H. E. Just zur selben Zeit, da in einer der letzten großen Debatten des deutschen Reichstages der auswärtige Politik Genosse Weis als Sprecher der Sozialdemokratie die Vereinigten Staaten von Europa forderte, läßt der Wiener pazifistische Publizist R. R. Coudenhove-Kalergi aus der Schule Masaryks den Ruf zur Sammlung aller „guten Europäer“ durch Herausgabe einer mit Spannung erwarteten Programmschrift ertönen, mit dem Ziele, eine pan-europäische Union zu begründen, deren agitatorische Wirksamkeit unter Regierenden und Regierten dieses unferes „Kontinents, des alten“ die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa erzwingen soll. (Pan-Europa, von R. R. Coudenhove-Kalergi, Pan-Europa-Verlag Wien 1923. Beitrittsmeldungen zur Pan-europäischen Union ohne Beitragspflicht an R. R. Coudenhove-Kalergi, Wien 6, Gumpenbergsstraße.) Was Weis im Umriß forderte, begründet und erklärt hier Coudenhove. Schon aus dem Grunde kann man mindestens kein deutscher Sozialdemokrat den Ruf des Wiener Schriftstellers unbeachtet lassen: er wird wenigstens zu prüfen haben, was von den hier verkündeten Theorien und proklamierten Ideen auch ihm annehmbar erscheinen muß, von welcher Seite der Sozialist das begonnene Werk etwa ergänzen oder korrigieren möchte, ja, welcher sozialistische Gehalt gradezu ihm unter Umständen gegeben werden könnte. Denn Coudenhove ist zu dem Problem fast allein unter Verwendung der demokratischen Sprache, die schon Masaryk benutzte, vorgegangen. Es führen aber viele Wege — auch nach Pan-Europa!

Es bedarf keiner Frage, daß die Sozialdemokratie bisher um ein wirklich aktives und positives Außenprogramm nicht allzu sehr in Verlegenheit war, auch nicht um Verlegenheit zu sein brauchte. Vor dem Kriege genügte es durchaus, sich gegen „die herrlichen Zeiten“, mit denen uns grade auch außenpolitisch Wilhelm und seine Monarch-Diplomatie beglücken wollten, rein negativ einzustellen. Wir besaßen die Säbelschneide und spektakelnden Abenteuer à la Tanager und Agadier; wir protestierten gegen die militärisch insigierten Kolonialmethoden blonder „Kulturpioniere“; wir erklärten uns gegen die Lettres de cachet der Geheimdiplomatie der Wilhelmstraße oder des Wallpapes. Positiv forderten wir „die sozialistische Weltrepublik“; und nicht mehr und nicht weniger! Aber das war ein etwas nebelhaftes Positivum, ein Programm nur in größter, verschwommenen Umrißlinien, das nur in Verdrückung der Tatsache, daß ja einmütigen die Caprioli, Willo, Aiderlen-Wächter, Jagow o tutti quanti nicht eingeschriebene Parteimitglieder waren und ihre Nachfolger es in absehbarer Zeit auch nicht würden, genügen konnte. Die Sozialdemokratie schien damals von der inneren Machtlosigkeit oder auch nur von der Beteiligung an der Staatsmacht noch meilenweit entfernt, geschweige denn davon, die Welt nach ihrem Geschmack formen zu müssen. Das änderte mit einem Schlag die Umwälzung von 1918. Aber jetzt drängten sich die inneren Fragen der Rettung des Volkes aus dem chaotischen Elend, das der besiegte Feldwebel zurückgelassen hatte, zunächst mit gebieterischer Notwendigkeit vor. Der Versailler Knebelvertrag ließ uns zudem fast als einziges außenpolitisches Problem, das unserer Lösung anheingegen wurde, die Bezahlung der Reparationskosten. Erfüllungspolitik — genau wie die bürgerlichen Parteien der Mitte, die ganz rechten und die ganz linken Extremisten ausgenommen, mußten wir aus der Not eine Legende machen und darin das außenpolitische Problem der Probleme für uns sehen. Aber, je länger heute und morgen der Tag von Versailles der Historie angehört, je weiter wir uns von ihm entfernen, um so mehr schiebt sich Deutschland auch wieder als Subjekt der Weltgeschichte, deren Objekt es nach 1918 nur noch war, in die Reihe der Mächte ein. Um so zwingender wird es aber auch für jede deutsche Partei, die in der Republik aus Ruder kommen kann, über ihre Stellung zu „Erfüllungspolitik“ hinaus wieder ein aktives, außenpolitisches Programm zu haben. Das in dieser neuen Lage, in der sich die Partei befindet, die wohlklingende, aber nicht sehr vielzählige Reformformel von der „sozialistischen Weltrepublik“ in keiner Weise mehr genügt, kann wohl kaum bestritten werden.

Einmal die zwingende Notwendigkeit für Europa, sich nach dem Muster der übrigen die Welt besitzenden Machtkomplexe (Pan-Amerika, das Britische Reich, der Bund der Sowjetrepubliken, die Mongolischen Reiche) zu organisieren als richtig vorausgesetzt — das darüber gradezu schauerlich Wissenswerte lese man eben bei Coudenhove-Kalergi selbst nach! — wird man es auch als richtig anerkennen müssen, daß nur ein durch die Demokratie homogen gewordenes Europa auf dieser Selbstorganisation aus eigener Kraft fähig ist. Vor dem Kriege, als in Westeuropa die bourgeois-demokratische, in Osteuropa durch die drei Kaiserreiche die feudal-autokratische Staatsform herrschte, vor 1918, solange Wladimir noch nicht über Metternich gesiegt hatte, wäre der Zusammenschluß Europas auf dauernde und vor allem pazifistische Sicht eine hüllere Utopie gewesen. Aber das grade nimmt ja für den Betrachter von heute als historischer Sinn des Weltreiches immer greifbarere Formen an, daß sich in ihm, durch die Niederlage der Mittelmächte und Rußlands Katastrophe, diese westeuropäische Demokratie über die starken Reste noch vorhandenen Feudalismus hinweg in ganz Europa Bahn gebrochen hat und damit Europas Homogenität erzielt. Der Zusammenschluß Europas ist also zunächst einmal, wie der Reichsland liegt, eine demokratische Angelegenheit par excellence. Monarchisten und monarchistische Parteien können nicht Pan-Europäer sein. Aber auch die Kommunistische